

Green News

Das Online-Magazin der Gewerkschaft der Polizei in Bayern



Ausgabe 01/2017

01. Februar 2017

2. Runde der Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst in Potsdam bleibt ohne Arbeitgeber-Angebot: Warnstreiks angekündigt

Ohne ernsthaftes Angebot der Arbeitgeber blieb die 2. Runde der Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst der Länder. Für diesen Fall hatten die Gewerkschaften Warnstreiks und Protestaktionen bis zur dritten Verhandlungsrunde angekündigt, die am 16. Februar beginnt. Am Dienstagmorgen waren die Vertreter der DGB-Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, Verhandlungsführer Frank Bsirske (ver.di), das für Tarif- und Beamtenpolitik zuständige ver.di-Vorstandsmitglied Wolfgang Pieper, der GdP-Vorsitzende Oliver Malchow und die Vertreter der dbb-Tarifunion mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) erneut zu Beratungen zusammengetroffen. Die Gespräche verliefen in konstruktiver Atmosphäre. Beide Seiten betonten zuvor ihre Bereitschaft, eine Einigung am Verhandlungstisch erzielen zu wollen. Die Arbeitgeberseite machte aber deutlich, dass sie die Gewerkschaftsforderung von insgesamt sechs Prozent neben den strukturellen Forderungen für zu hoch hält.

„Der öffentliche Dienst darf in der Einkommensentwicklung nicht länger hinter der Privatwirtschaft hinterherhinken - Wir fordern mehr Geld und sichere Arbeitsplätze für die Tarifbeschäftigten“, sagte der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Oliver Malchow, am Montag vor der zweiten Runde der Tarifverhandlungen für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder.

Die Einkommensentwicklung sei in den vergangenen 15 Jahren deutlich langsamer verlaufen als in vielen anderen Branchen. Malchow: „Entgegen allen Einwänden der Arbeitgeber ist für spürbare Gehaltserhöhungen tatsächlich auch Geld da. Der öffentlichen Hand ging es durch die Steuereinnahmen selten so gut wie heute.“

Angesichts der massiven Aufgabenfülle, so Malchow, reiche es nicht aus, wenn die Politiker in den Ländern zu ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Ämtern und Behörden sagen, „das habt ihr aber prima gemacht“. Malchow: „Eine gute und engagierte Leistung muss sich auch im Geldbeutel widerspiegeln.“

GdP-Tarifexpertin Kerstin Philipp wies zuvor auf die größeren werdenden Probleme der öffentlichen Arbeitgeber hin, genügend

geeignete Bewerber für Nachbesetzungen und Neueinstellungen zu finden. „Qualifizierte Bewerber schauen vor allem auch auf die Angebote, wie sie die Arbeitszeit mit ihrer Familien- und Freizeitplanung verbinden können. Da zeigen sich private Arbeitgeber deutlich flexibler.“

Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes fordern für die Tarif- und Besoldungsrunde 2017 der Länder Verbesserungen im Gesamtvolumen von 6 Prozent. Dies beinhaltet eine soziale Komponente in Form eines Sockel- oder Mindestbetrages und die Einführung der Stufe 6 in den Entgeltgruppen 9 bis 15 sowie strukturelle Verbesserungen in der Eingruppierung bei einer Laufzeit von 12 Monaten.

In den Tarifverhandlungen vertritt die mit 180.000 Mitgliedern



weitau größte deutsche Arbeitnehmervertretung der Polizei rund 16.000 in der GdP organisierte Tarifbeschäftigte bei den Länderpolizeien.

Zwischenzeitlich hat sich die Gewerkschaft der Polizei Bayern mit den Kolleginnen und Kollegen von ver.di ausgetauscht und man ist übereingekommen, dass die Tarifbeschäftigten für Dienstag, den 14.02.2017 zum ganztägigen Warnstreik aufgerufen werden. Geplant ist für alle Teilnehmer eine Demonstrationsroute vom DGB-Haus in der Münchner Schwanthalerstraße zum Geschwister-Scholl-Platz vor der Ludwig-Maximilians-Universität, wo um 12.00 Uhr eine gemeinsame Kundgebung geplant ist, zu der auch alle Beamte in Freizeit zur Teilnahme eingeladen sind.

LV Peter Schall besucht das Polizeiverwaltungsamt in Straubing

Am 16.12.2016 fand sich der Landesvorsitzende der GdP, Peter Schall, in Begleitung der stellv. Landesvorsitzenden Karin Peintinger und dem Vorsitzenden der BG Niederbayern, Andreas Holzhausen zu seinem Antrittsbesuch beim Bayerischen Polizeiverwaltungsamt (PVA) ein.

Präsident Payer begrüßte die Besucher der GdP im Stammhaus des PVA in Straubing und stellte die umfangreiche Agenda vor.

Zunächst stellte Präsident Payer seine Behörde vor und ging auf die Besonderheiten des PVA, vor allem im Personalbereich (hoher Anteil an Verwaltungsbeamtinnen und -beamten sowie an Tarifbeschäftigte(r)), ein. Anschließend wurden die aktuellen Entwicklungen im Bereich der Verfolgung von Verkehrsordnungswidrigkeiten dargestellt, wobei auch der Blick in die Zukunft gerichtet wurde. In diesem Zusammenhang wurde u.a. die Thematik Videoüberwachung von Polizeibeamten als Zeugen in der Hauptverhandlung angesprochen.

Weiteres Thema war die Fortentwicklung



der Zentralstelle für V.l.: Stv. LV Karin Peintinger, Präsident Timo Payer, KG-Vorsitzende Andrea Bauer, LV Peter Schall und Andreas Holzhausen, BG-Vorsitzender Niederbayern

Atemalkohol- und Verkehrsmesstechnik beim PVA. So ist geplant, ab dem Jahr 2017 die Eichung der Atemalkoholmessgeräte direkt durch die Mitarbeiter des PVA vornehmen zu lassen, damit einerseits längere Ausfallzeiten resultierend aus der Verbringung zum Hersteller und andererseits hohe Kosten für die Fremdeichung zukünftig

vermieden werden können. Auf Interesse stieß auch die Vorstellung des Motorradlärm-Displays, welches ebenfalls im Jahr 2017 durch das PVA beschafft und auf der Strecke zwischen St. Englmar und Neukirchen getestet werden soll.

Zum Abschluss gab Präsident Payer noch Einblick in laufende Projekte, in denen er beteiligt ist, wie die Privatisierung der Begleitung des Großraum- und Schwerverkehrs, die Durchführung

von Asservatentransporte und zum Projekt CardCash.

Im Anschluss wurden aktuelle Probleme aus dem Personalbereich behandelt, die beim PVA ebenso wie in den anderen Verbänden der Bayerischen Polizei zum Tragen kommen und einer intensiven Begleitung durch die Gewerkschaften erfordern. Besonders hervorgehoben wurde hierbei die Thematik der Höhergruppierung im Arbeitnehmerbereich. Aufgrund des Fehlens der Möglichkeit eines stufengleichen Aufstiegs kommt es immer häufiger zu Fallkonstellationen bei denen Arbeitnehmer höhergruppiert werden, dies aber letztendlich jedoch zu

Einkommenseinbußen führt. Karin Peintinger sagte zu, dieses Thema weiter zu verfolgen.

Zum Abschluss des Treffens bedankte sich LV Peter Schall für die detaillierten und interessanten Informationen.

Von Werner Bauer

GdP kritisiert große Belastung der Sicherheitsbehörden im Anti-Terror-Kampf

Die groß angelegten Polizeieinsätze gegen die Salafistenszene in Hessen und Berlin sind nach Auffassung der Gewerkschaft der Polizei (GdP) ein weiterer Beweis für die Notwendigkeit der gezielten Beobachtung islamistischer Terrorverdächtiger in Deutschland. „Die Terrorgefahr ist konkret. Der Anschlag vom Berliner Breitscheidplatz hat allen vor Augen geführt, dass die Sicherheitsbehörden intensiv zusammenarbeiten sowie einen hohen Kräfteaufwand leisten müssen, um weitere Terrorakte rechtzeitig zu verhindern“, sagte der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow am Mittwoch in Hilden.

„Die Festnahmen in Hessen und Berlin sowie die umfangreichen Untersuchungen verdächtiger Wohnungen und Einrichtungen zeigen, dass die Sicherheitsbehörden in Deutschland einen

hohen Fahndungsdruck auf die terroristische Szene ausüben müssen und ausüben können. Das wird mit einem immensen Kraft- und Personalaufwand geleistet und wäre ohne das hohe persönliche Engagement jedes Einzelnen meiner Kolleginnen und Kollegen nicht denkbar. Auch die enge Kooperation mit ausländischen Dienststellen funktioniert und ist auch in Zukunft wichtig für eine erfolgreiche Bekämpfung des islamistischen Terrors. Dabei geht es vor allem um einen zeitnahen Daten- und Informationsaustausch zu mutmaßlichen Terrorverdächtigen“, betonte Malchow. Die sichere Verwahrung und Rückführung krimineller Ausländer dürfe zudem nicht länger an bürokratischen Hürden scheitern und die Zusammenarbeit mit den Herkunftsländern der meisten Terrorverdächtigen keine Einbahnstraße sein.

Beschluss von St. Quirin wird 1:1 umgesetzt

Beim CSU Neujahrsempfang des CSU Kreisverbandes Freyung-Grafenau am 26.01.2017 in Röhrnbach bestätigte der Bayerische Innenminister Joachim Herrmann erneut, dass in Freyung eine Fortbildungsmöglichkeit für Spezialeinheiten sowie ein Ausbildungsstandort für Polizeianwärter entstehen wird. Da-

bei betonte er, dass der Beschluss aus St. Quirin 1:1 umgesetzt wird. Sein Ministerium ist damit beauftragt, beide Projekte zügig in Angriff zu nehmen, um mit diesen Vorlagen im Frühjahr im Ministerrat das weitere Vorgehen abzustimmen.

Sein Vorredner, Staatsminister Helmut Brunner, erklärte ebenfalls in seiner Rede, dass es an dem Beschluss nichts mehr zu ändern gibt. Dies wurde ihm auch von CSU Generalsekretär Herr Andreas Scheuer so bestätigt. Der Bezirksgruppenvorsitzende der GdP Niederbayern Andreas Holzhausen dankte Herrn Innenminister Herrmann für seine Entscheidung und übergab ihm im Namen vieler niederbayerischer GdP Mitglieder ein Präsent.

Eine lange Forderung der GdP Niederbayern, eine eigene Ausbildungsmöglichkeit für Polizeianwärter in Niederbayern zu bekommen, ist nun endlich abschließend entschieden. Die GdP Niederbayern bedankte sich ausdrücklich ganz herzlich bei allen politischen Unterstützern, insbesondere beim Bürgermeister der Stadt Freyung, Herrn Dr. Olaf Heinrich und MdL Max Gibis, welche zu dieser Entscheidung ihren Teil dazu beigetragen haben und sichern auch in Zukunft ihre Unterstützung zu. GdP Niederbayern – Mit uns geht was!



V.l.: IM Joachim Herrmann, Dr. Olaf Heinrich, BG-Vors. Andreas Holzhausen

GdP-Bundesvorsitzender Malchow hebt hohen Standard der Polizeiausbildung

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) hebt den hohen Ausbildungsstandard der deutschen Polizei in Bund und Ländern hervor. „Der Polizeiberuf stellt hohe Anforderungen. Daher werden auch Polizeibewerber nicht nur auf Herz und Nieren, sondern auch auf kognitive und soziale Fähigkeiten umfassend getestet“, betonte der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow am Donnerstag in Berlin.

Der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Jörg Radek sagte: „Wir sind stolz auf jede Kollegin und jeden Kollegen, der erfolgreich die Ausbildung abschließt. Allein bei der Bundespolizei ist das Prüfungsniveau seit 2001 unverändert hoch und die Durchfallquote liegt nahezu bei null.“ Mögliche Bewerberdefizite würden in der Ausbildung ausgeglichen, ergänzte Radek, der auch dem GdP-Bezirk Bundespolizei vorsitzt.

Malchow: „Wir haben in der Polizei eine Menge gut ausgebildeter Leute, das zeigt sich immer wieder im täglichen Einsatz. Natürlich gibt es darunter vereinzelt sogenannte schwarze Schafe, auch schon in der Ausbildung.“ Es sei daher eine der wesentlichen Aufgaben der Führungskräfte in der Polizei sowie der Ausbilder, auf Vorkommnisse, die der öffentlichen Wahrnehmung des Polizeiberufs Schaden zufügen könnten, entsprechend zu reagieren. Das schließe auch das Entfernen von Polizeischülern aus der Ausbildung ein, sagte der GdP-Chef.

Malchow räumte ein, dass es nicht leichter werde, geeignete

junge Menschen für den anspruchsvollen Polizeiberuf zu finden. „Manchmal ist es die Sportprüfung, manchmal schon die Allgemeinbildung oder die nicht ausreichende Beherrschung der deutschen Sprache, manchmal stellt sich auch erst im weiteren Verlauf der Tests heraus, dass der sportliche, kluge Bewerber trotzdem nicht zur Polizei passt – und zu dem, was dort geleistet werden muss.“

Die GdP könne sich, so Malchow, angesichts der Herausforderungen nicht mit Abstrichen bei den Auswahlkriterien bei Polizeibewerbern einverstanden erklären. Er appellierte an die Länder sowie an den Bund, von den gemeinsamen hohen Standards nicht abzurücken. „Für die GdP ist Qualität wichtiger als Quantität. Nach vielen Jahren des Personalabbaus dürfen die von der Politik versprochenen neuen Stellen nicht dazu führen, dass die Anforderungen an unsere künftigen Kolleginnen und Kollegen heruntergeschraubt werden. Das würde auch das von den Bürgern der Polizei entgegengebrachte Vertrauen nachhaltig beeinträchtigen.“

Bewerber müssten den Polizeiberuf als Berufung sehen und nicht als Job, bei dem man einen sicheren Arbeitsplatz habe und schnell Karriere machen könne. „Das heißt, bevor ich mich als Bewerber vorstelle, muss mir klar sein, auf was ich mich in diesem Beruf einlasse – das muss ich wirklich wollen und vertreten“, stellte Malchow fest.

2016 war ein arbeitsreiches Jahr für die GdP-Verantwortlichen bei der Bereitschaftspolizei

- Neuregelung Zulassung QE3, ein Dauerthema bei USK-Beamten, Gruppenführern und Polizeiausbildern
 - Das Thema Stau zum PHM Z war vielgefragt von unserer langjährigen BP-Basis der QE2
 - Wer darf mit 60 in Pension, welche Tätigkeit fließt in die 20 Jahre ähnlich belastender Dienst ein - es bestehen viele Fragen!
 - Wir dürfen die seit 10 Jahren geforderte DUZ-Erhöhung ankündigen - endlich!
 - Wir sind beim Petitionsausschuss im Landtag - die Zimmerpreise, die unseren BiA vom Gehalt abgezogen werden sind nicht fair!
 - Die erhöhten Einstellungszahlen müssen baulich wie personell gestemmt werden - eine Herausforderung ab 2017! Die Planung für die Verdoppelung der Ausbildungskapazität läuft auf Hochtouren!
 - Hiobsbotschaft im Einsatzbereich: Außerdienstsetzung der erfahrenen 23. BPH E für 2017 geplant!
 - Die zeitintensiven (erfolgreichen) Personalratswahlen geraten dabei schon fast wieder in Vergessenheit!
 - Neue Einsatzmittel kommen, Fortbildung ist nötig, aber zeitlich kaum noch möglich.
- Dies waren nur einige Themen die uns beschäftigt haben. Viel Zeit in Besprechungen und im Büro war die Folge. Da uns der Kontakt zu unseren Mitgliedern und Kollegen aber am wichtigsten ist, haben die KG Dachau, Sulzbach-Rosenberg und Würzburg zum

Jahresabschluss jeweils zum gemeinsamen Feiern und „Quatschen“ geladen. Bei Blaulichtmilieu-Party, Blaulicht-Milieu-Festival und dem 8. Blaulicht-Milieu Nikolaus konnten wir weit über 1000 Gäste aus allen Aufgabenbereichen und jeglichen Alters begrüßen und einen tollen Abend gemeinsam verbringen. Auch daraus schöpfen wir neue Energie, um 2017 wieder für Euch Alle aktiv zu sein. Es gilt bei den Tarifrunden erfolgreich zu verhandeln, Anstand und Fairness in der Behandlung eines jedes einzelnen Beschäftigten - egal ob künftige Führungskraft oder langjähriger treuer Mitarbeiter - einzufordern, Verschlechterungen abzuwehren und Verbesserungen mitzugestalten.

GdP - wir für Euch!



Drei Feiern in drei Bereitschaftspolizeiabteilungen: Würzburg feiert (links), Dachau feiert (ganz oben) und Sulzbach-Rosenberg feiert (mit Charly Chaplin im alten Kino)



GdP Service GmbH

23. INTERNATIONALE OFFENE
**POLIZEISKI-
MEISTERSCHAFTEN**
OFTERSCHWANG IM ALLGÄU



EINLADUNG

23. Internationale offene Polizeiskimeisterschaften
der Gewerkschaft der Polizei Service GmbH
in Ofterschwang vom

17. – 19.02.2017



Infos: 089 / 57 83 88 -22
www.gdpservicegmbh.de

Der BMW-Rhein Jahresstart 2017 Starke Motoren & starkes Leasing!



GdP Service GmbH
Wir lieben Service!



MINI One Clubman – inkl. Pepper-Paket

Unser Bar-Aktionspreis ¹⁾: ab **21.990,- €**

Leasingangebot der BMW-Bank:

Neu – und nur bei Leasing: Inklusive Vollkasko-Versicherung!

Anzahlung (Gebrauchtwagen-Inzahlungnahme zu Tagespreisen möglich): **1.999,- €**

36 monatliche Leasingraten à: ab 199,- €

(bei einer jährlichen Laufleistung von 10.000km)

Kraftstoffverbrauch kombiniert: 5,2 l/100 km, innerorts: 6,4 l/100 km, außerorts: 4,6 l/100 km; CO₂-Emission kombiniert: 122 g/km, Effizienzklasse: B



BMW 220i Active Tourer – Modell Advantage

Unser Bar-Aktionspreis ¹⁾: ab **24.950,- €**

Leasingangebot der BMW-Bank:

Anzahlung (Gebrauchtwagen-Inzahlungnahme zu Tagespreisen möglich): **1.999,- €**

36 monatliche Leasingraten à: ab 189,- €

(bei einer jährlichen Laufleistung von 10.000km)

Kraftstoffverbrauch kombiniert: 5,9 l/100 km, innerorts: 7,7 l/100 km, außerorts: 4,8 l/100 km; CO₂-Emission kombiniert: 137 g/km, Effizienzklasse: B

In Zusammenarbeit mit BMW Rhein, einem der größten BMW-Händler in Deutschland, können wir unseren GdP-Mitgliedern im Rahmen einer Sonderaktion – solange der Vorrat reicht – drei Modelle zu Spitzenkonditionen anbieten.

Zusätzlich erhalten GdP-Mitglieder ein kostenloses Starterpaket. Dieses beinhaltet:

- Zulassung des Neufahrzeugs inkl. Wunschkennzeichen kostenlos (statt 119 €)
- Warnweste im Fahrzeug kostenlos (statt 10 €)
- Tank voll bei Auslieferung (ca. 65 – 80 €)

Weitere Infos:

Herr Dominik Groll, Tel. 09 31 / 27 885 - 885
dominik.groll@rhein-wuerzburg.de



**Gültig bei Auslieferung
bis 30.5.2017 oder
solange Vorrat reicht!**

BMW 120i 5-Türer – Modell Advantage

Unser Bar-Aktionspreis ¹⁾: ab **22.990,- €**

Leasingangebot der BMW-Bank:

Anzahlung (Gebrauchtwagen-Inzahlungnahme zu Tagespreisen möglich): **1.999,- €**

36 monatliche Leasingraten à: ab 159,- €

(bei einer jährlichen Laufleistung von 10.000km)

Kraftstoffverbrauch kombiniert: 5,7 l/100 km, innerorts: 7,6 l/100 km, außerorts: 4,7 l/100 km; CO₂-Emission kombiniert: 131 g/km, Effizienzklasse: B

1) Inkl. Bereitstellungskosten in Höhe von 820,- € (BMW) bzw. 750,- € (MINI).

2) Gewerbliches Finanzierungsangebot der BMW Bank GmbH, Heidemannstr. 164, 80939 München, Stand 1/2017. Gültig bei Abschluss und Kundenzulassung bis 30.5.2017 und solange Vorrat reicht. Zzgl. Bereitstellungskosten in Höhe von 820,- € (BMW) bzw. 750,- € (MINI). Druckfehler, Irrtümer und Änderungen vorbehalten.

Weitere Modelle zu
GdP-Konditionen auf Anfrage!
Künftige Sonderaktionen:
www.gdp-service-gmbh.de